



Detailansicht des Registereintrags

Volkssolidarität Bundesverband e. V.

Aktuell seit 30.10.2026 12:49:05

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000168
Ersteintrag:	25.01.2022
Letzte Änderung:	30.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.10.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Alte Schönhauser Str. Alte Schönhauser Str. 16 10119 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930278970 E-Mail-Adressen: bundesverband@volkssolidaritaet.de Webseiten: https://www.volkssolidaritaet.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

90.001 bis 100.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1,20

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Sebastian Engmann**
Funktion: Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität
2. **Susanna Karawanskji**
Funktion: Präsidentin der Volkssolidarität
3. **Christian Herrgott**
Funktion: Vizepräsident der Volkssolidarität
4. **Dr. Uwe Klett Klett**
Funktion: Vizepräsident der Volkssolidarität

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):

1. **Dr, Sophie Koch**
2. **Holger Weidauer**
3. **Patrick Schönherr**
4. **Anna Knüpfing**
5. **Sebastian Engmann**
6. **Susanna Karawanskji**
7. **Christian Herrgott**
8. **Dr. Uwe Klett Klett**

Gesamtzahl der Mitglieder:

84.687 Mitglieder am 31.12.2025, davon:

84.587 natürliche Personen

100 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (1):

1. Paritätischer Gesamtverband

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (21):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse; Familienpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Seniorenpolitik; Gesundheitsförderung; Pflege; Kultur; Grundsicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung;

Staatsorganisation; Verwaltungstransparenz/Open Government; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Verkehrsinfrastruktur; Verbraucherschutz; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die Volkssolidarität bringt sich mit ihren gesellschaftlichen und fach-politischen Anliegen in den politischen Willensbildungs- und Rechtsetzungsprozess des Bundes ein. Ziel ist es, durch Expertise und Fachwissen als konstruktiver Partner für Politik und Verwaltung aufzutreten, fußend auf die langjährigen Erfahrungen des zivilgesellschaftlichen Vereinsleben und der sozialwirtschaftlichen Strukturen in den ostdeutschen Bundesländern.

Die Interessenvertretung gegenüber Organen des Bundes bewegt sich in einem strikten regulatorischen Rahmen und Transparenz (Lobbyregister, Initiative Transparente Zivilgesellschaft) , dessen Einhaltung die Basis für Glaubwürdigkeit und Legitimität bildet. Die Interaktion mit politischen Akteuren erfolgt strikt auf Basis des offiziellen Verhaltenskodex für Interessenvertreter. Um Positionen effektiv einzubringen, ist ein kontinuierliches Monitoring in den relevanten Politikbereichen unseres Verbandes etabliert.

Politische Entscheidungen auf Bundesebene erfordern tiefgehendes Fachwissen. Die Volkssolidarität agiert in der Interessenvertretung als Zulieferer valider Daten. Sie formuliert präzise Stellungnahmen zu laufenden Gesetzgebungsverfahren und liefert Daten und Erfahrungswissen sowie empirische Praxisberichte.

Die Ansprache erfolgt institutionenübergreifend und orientiert sich an den Zuständigkeiten der Exekutive (Fachreferate und Abteilungen in den zuständigen Bundesministerien) und Legislative (Fraktionen und Arbeitsgruppen, Mitglieder des Bundestages und deren wissenschaftliche Mitarbeiter). Die Ansprache erfolgt als persönliche Gesprächseinladung, in Briefen, Mails - jeweils abhängig von zeitlicher/fachlicher Relevanz oder als regelmäßige Ansprache.

Zur Untermauerung der Relevanz des Anliegens werden strategische Schnittmengen mit anderen Akteuren genutzt. Die Volkssolidarität beteiligt sich an Bündnissen mit anderen Sozialverbänden, Stakeholdern des Sozialstaates, wissenschaftlichen Instituten oder NGOs.

Mit der begleitenden, sachlichen Öffentlichkeitsarbeit zur Verankerung des Themas im gesellschaftlichen Diskurs wird angestrebt, die parlamentarische Aufmerksamkeit zu erhöhen.

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Sozialstaatsreform

Beschreibung:

Der Sozialstaat ist ein zentraler Pfeiler unseres Gemeinwesens und unserer Demokratie. Wir wollen starke, verlässliche und solidarisch finanzierte soziale Sicherungssysteme und eine gerechte und auskömmliche Finanzierung des Gemeinwesens.

Wir wollen einen handlungsfähigen und bürgernahen Sozialstaat in Bund, Land und Kommunen.

Wir wollen einen Sozialstaat, der Gute Arbeit sichert, Übergänge auf dem Arbeitsmarkt in Krisenzeiten ermöglicht und Arbeitslosigkeit vorbeugt.

Wir wollen einen Sozialstaat der Armut verhindert, soziale Ungleichheit verringert, Inklusion fördert und soziale und wirtschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht.

Wir wollen einen Sozialstaat, der das Klima schützt und den ökologischen Umbau mit sozialer Sicherheit verbindet.

Interessenbereiche:

Familienpolitik [alle RV hierzu]; Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse [alle RV hierzu]; Grundsicherung [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Rente/Alterssicherung [alle RV hierzu]; Seniorenpolitik [alle RV hierzu]; Staatsorganisation [alle RV hierzu]; Verwaltungstransparenz/Open Government [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Europäische Union

Berlin

Betrag: 360.001 bis 370.000 Euro

"Lasst uns drüber reden!" ist ein Projekt des Volkssolidarität Bundesverband e. V. und ist im Januar 2024 gestartet. Es wird im Rahmen des Programms "rückenwind³ für Vielfalt, Wandel und Zukunftsfähigkeit in der Sozialwirtschaft" durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) für drei Jahre gefördert. Ziel des Projektes ist es, in den 12 teilnehmenden Kita-Teams konstruktive Kommunikations- und Fehlerkulturen zu etablieren.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

490.001 bis 500.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (7):

1. Volkssolidarität Landesverband Sachsen e. V.
2. Volkssolidarität Landesverband Thüringen e.V.
3. Volkssolidarität Landesverband Berlin e.V.
4. Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e. V.
5. Volkssolidarität Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
6. Volkssolidarität Mecklenburg-Vorpommern e. V.
7. 61 persönliche Einzelmitglieder

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Endgueltiges-Testat-JAP-2025-VS-BV.pdf